

Zur Dynamik der Finanzmärkte

Ökonomische Grundlagen

Schon bei den alten Griechen wurden die ersten Schritte in Richtung auf ein wissenschaftliches Verständnis der Wirtschaft unternommen. Obwohl im klassischen Griechenland das Haus (oikos) mit seinen Bewohnern, Familienmitgliedern, Sklaven und Freigelassenen, das Zentrum der wirtschaftlichen Tätigkeit bildete, war es nach außen für Käufe und Verkäufe von anderen offen. Aristoteles¹ gab eine Unterscheidung vor, die in der ganzen folgenden Geistesgeschichte Europas bis heute zu Auseinandersetzungen führte. Er sah als einer der ersten die doppelte Bedeutung von Produkten, die im Haus produziert wurden: "Denn zweifach ist der Gebrauch jedes Guts. - Der eine ist dem Ding als solchem eigen, der andre nicht, wie einer Sandale, zur Beschuhung zu dienen und austauschbar zu sein". Diese zwei Sichten spiegeln sich in verschiedenen Wirtschaftstheorien wieder, die sich eineinhalb Jahrhunderte lang bekämpft haben. Die erste Auffassung macht den Preis eines Gutes vom subjektiven Nutzen abhängig. Die von österreichischen Ökonomen des vergangenen Jahrhunderts mitentwickelte Wertlehre, die in der Grenznutzentheorie ihren Ausdruck fand, sagt, dass der erste Apfel bei der Person, die ihn isst, einen bestimmten Nutzen schafft, der zweite Apfel ebenfalls, aber vielleicht schon weniger usw. bis nach dem hundertsten Apfel der Nutzen ziemlich sicher schon als negativ empfunden wird. Der Preis eines Gutes wäre nach dieser Theorie dem subjektiven Nutzen gleichzusetzen, der beim Verzehr des nächsten Apfels entsteht. Wie man sofort sieht, ist die empirische Bestimmung eines Preises für ein Gut beinahe unmöglich, denn er hängt davon ab, wie viele Äpfel wie in diesem Beispiel bereits verzehrt wurden.

Die zweite Sicht, eine „objektive“ Wertlehre, quasi eine Sicht von außen, die mitdenkt, dass ein Produkt verkauft wird, geht von den Produktionskosten aus, also vom Aufwand, den die Erzeugung des Apfels benötigt. Dazu zählt vor allem die Arbeitskraft (in Form des zeitlichen Aufwandes), aber auch das Wasser, der Dünger, der Transport zum Markt, also alles, was in die Produktion des Apfels vom Baum bis zum Supermarkt eingeht. Der Wert des Produkts, der im Tausch erzielt wird, drückt sich im realisierten Preis aus. Er hängt aber nicht nur von den subjektiven Bedingungen des einzelnen Produzenten ab, sondern ist ein Ergebnis des Konkurrenzprozesses am Markt um die billigsten und besten Äpfel. Diese „objektive“ Theorie kann durchaus empirisch überprüft werden: In einer modernen Ökonomie lässt sich nicht nur bestimmen, wie viel Arbeitszeit welcher Qualifikation für die Produktion z. B. in der Landwirtschaft benötigt wurde. Gleichzeitig kann auch abgeschätzt werden, wie viel Arbeit in allen Inputs steckt, die für die Herstellung landwirtschaftlicher Produkte nötig sind. Aus der Summe all dieser Inputs kann eine Näherung gefunden werden, wie viel Arbeitszeit (gemessen in Stunden) in einem Wirtschaftssektor aufgewendet werden muss.

Diese Sicht auf die Wirtschaft ist ziemlich abstrakt. Sie geht davon aus, dass alle Wirtschaftstreibenden auf eigene Rechnung arbeiten, was heute nicht mehr sehr häufig vorkommt (etwa bei Handwerkern und Kleinbauern). Der für uns wichtige Übergang von einer feudalen Gesellschaft zu einer kapitalistischen wurde von Karl Polanyi in „Die große Transformation“ meisterhaft beschrieben. Der Kapitalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass

¹ Aristoteles, "De Rep.", I.I, c. 9., zitiert nach Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 in: MEW 23, 100.

die Produktionseinheiten aus größeren oder kleineren Fabriken und Büros bestehen, in denen man ihre Eigentümer kaum mehr finden wird, sondern nur noch Arbeiter und Angestellte. Sie arbeiten nicht für sich (wie die Handwerker), sondern erzeugen für den Unternehmer, mit dem sie einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben, Produkte von einem Wert, der in der Regel höher ist als ihre Löhne oder Gehälter. Das ist der Kern von „Ausbeutung“. Die Differenz zwischen dem Wert der ganzen Arbeitsleistung (verkörpert im Produkt) der Arbeiter und Angestellten und dem Wert ihrer Löhne und Gehälter ist der Mehrwert. Allgemein kann man sagen, dass der Mehrwert aus dem (in Arbeitszeit ausgedrückten) Überschuss über die (in Arbeitszeit ausgedrückten) Reproduktionskosten derer besteht, die ihre Arbeit einbringen.

Der Kampf um diesen Mehrwert, dessen Ergebnis und die Form der Aneignung charakterisiert bis heute die unterschiedlichen Abschnitte der Menschheitsgeschichte (Sklavenhaltergesellschaften, Feudalgesellschaft, orientalische Despotie, Wasserbaugesellschaften etc). Diesem Beitrag dient die Frage nach dem Wie und dem Wieviel der Extraktion des Mehrwerts für Wen als roter Faden.

Abbildung 1 zeigt, wie die heutige Wirtschaft in abstrakter Form (betrachtet als kapitalistische Realwirtschaft) funktioniert. Es sind zwei Kreisprozesse sichtbar, in denen zwei gegenläufige Ströme fließen. Die äußeren sind Geldströme, in denen Werte zum Ausdruck kommen, die inneren sind Sachgüter (Kapital, Arbeit, Investitions- und Konsumgüter). Die Unternehmer, die im linken Kreislauf gezeigt werden, stellen die für die Produktion nötige Ausstattung mit Kapital zur Verfügung. Sie bezahlen aus den gesamten Erlösen, die sie aus Investitionsgüter-, Konsumgüter- und Dienstleistungsverkäufen erzielt haben, einerseits Löhne und Gehälter für die Beschäftigten, andererseits alle Vorleistungen von anderen Unternehmen. Letztere sind als innerer Bestandteil des Unternehmerkreislaufs in der Grafik nicht sichtbar. Die Unternehmer bezahlen die Investitionsgüter in der Regel aus ihren Gewinnen (die an der Oberfläche sichtbare Form des Mehrwerts), die sie aus dem Überschuss der Produktionskosten über die gesamten Erlöse erzielen. Da sie in normalen Zeiten einen Strom von Netto-Investitionen (=Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) in ihre Betriebe leiten können, wird die verfügbare Masse an Produktionsmitteln immer mehr – die Gewinne werden akkumuliert.

Der rechte Kreislauf zeigt den Reproduktionskreislauf der Lohnabhängigen. Sie leisten ihre Arbeit und bringen ihre Arbeitskraft in die Betriebe ein. Für ihre Arbeitsleistung erhalten sie Löhne und Gehälter, die sie für die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft mehr oder weniger zur Gänze für den Kauf von Konsumgütern ausgeben. Der rechte Kreislauf beschreibt Flüsse von Geld oder Sachleistungen, die keinen großen Zuwächsen unterworfen sind und im Wesentlichen vom politischen Kräfteverhältnis zwischen den arbeitenden Menschen und den Unternehmern (inklusive ihrer Interessenvertretungen und der Stimmung, welche die Massenmedien erzeugen) bestimmt werden sowie von den jeweiligen Möglichkeiten der Technologie, die auf die Arbeitsproduktivität und innovative Produkte Auswirkungen haben. Es handelt sich um einen (zumindest kurzfristig) stagnierenden Kreislauf, während der linke Kreislauf akkumulativ wirkt. Längerfristig ergibt sich aus der unterschiedlichen Wirkung dieser beiden Kreisläufe eine immer stärker gespaltene Gesellschaft, in diejenigen, die über akkumulierbare Produktionsmittel verfügen, und in jene, die lohnabhängig sind und ihr Auskommen aus Löhnen und Gehältern finanzieren müssen. Der Mehrwert der wirtschaftlichen Aktivitäten wird so ausschließlich an die Unternehmer verteilt, die großen Einfluss auf die Entscheidungsstrukturen der Gesellschaft besitzen.

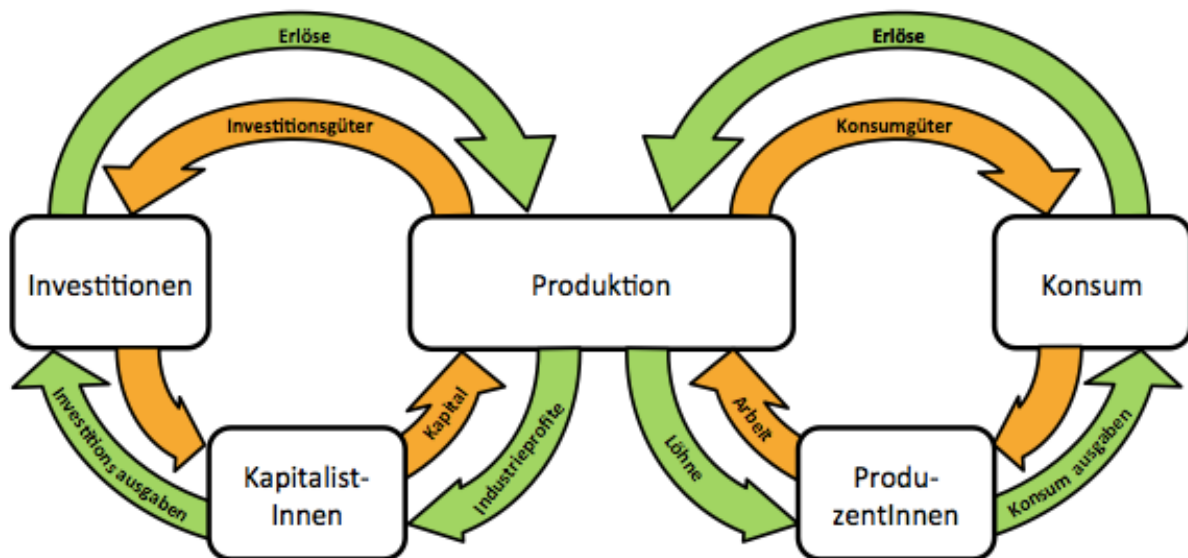


Abbildung 1: Kapitalistische Realwirtschaft (vereinfachte Darstellung)

Der Übergang zum Kapitalismus bringt für die Arbeiter und Angestellten einschneidende Veränderungen mit sich. Ohne eigene Produktionsmittel können sie nicht frei darüber bestimmen, wo, wann und wie sie arbeiten wollen, sondern sie müssen Produktionsmittel und die dazugehörigen Unternehmer finden, die sie anstellen und bezahlen, damit sie überhaupt überleben können. Sie werden im obigen Sinn ausgebeutet, aber sie sind auch „entfremdet“: das Produkt, das sie erzeugen, bleibt nicht in ihrem Besitz, sondern geht an den Unternehmer über, die Arbeitsbedingungen werden nicht von ihnen selbst bestimmt, und letztlich reproduzieren sie ihre subalterne Lage durch die Erzeugung des Mehrwerts, der in den Besitz der Unternehmer übergeht. Ihre eigene (unbezahlte) Mehrarbeitszeit (jene Arbeitszeit, die über die Erfordernisse hinausgeht, den eigenen Lohn zu erarbeiten) speist den Besitz der Unternehmer und erhält die damit verbundene Ausbeutung aufrecht.

Aber Vorsicht: Die hier dargestellte Dynamik beschreibt nur eine Abstraktion unseres Wirtschaftssystems, die zwar wesentliche Aspekte enthält, aber weitere konkrete Bestimmungsstücke vernachlässigt. Tatsächlich ist die Wirtschaftstätigkeit nicht auf die beiden Gruppen der Kapitalisten und Arbeiter beschränkt, sondern es gibt weitere Möglichkeiten, an Werte und den Mehrwert heranzukommen. So erhebt der Staat von den Bruttoeinkommen Steuern, er bezahlt u. a. die Beamten und tätigt Investitionen in die Infrastruktur; die Sozialversicherung ermöglicht den arbeitenden Menschen ein Auskommen im Alter, bei Krankheit, Unfällen und Arbeitslosigkeit. Außerdem ist eine moderne kapitalistische Wirtschaft nicht gegenüber der Umwelt abgeschlossen, sondern offen: Güter, Dienstleistungs- und Geldströme überqueren unsere Grenzen in beiden Richtungen und beeinflussen Beschäftigung, Einkommen und damit den Lebensstandard. Die Natur dient als Quelle für Ressourcen und als Endlager für die Abfälle.

Das feudale Erbe

Vor rund 250 Jahren hat eine Verschiebung der Aussagen und Forderungen der Volkswirtschaftslehre stattgefunden. Diese Verschiebung kann nur verstanden werden, wenn man die gesellschaftliche Situation im 17. Jahrhundert berücksichtigt. Es ging um den

Gegensatz zwischen dem „realen“ Wohlstand, der aus der Arbeitskraft geschaffen wird, und dem Wohlstand, der meist noch auf den aus Feudalzeiten stammenden Privilegien beruht, Grund und Boden zu nutzen. Grundbesitz war die Basis für den Reichtum.

Schon vor der Französischen Revolution haben britische und französische Ökonomen darüber nachgedacht, wie die ökonomische Rente, die mit solchen Privilegien einhergeht, wieder in den Besitz der Gesellschaft zurückgeführt werden kann. Ihre Lösung: Besteuerung dieser Einnahmen. François Quesnay, der Begründer der physiokratischen Denkschule, zeigte mit Hilfe seines Tableau Économique (einem Vorläufer der modernen Input-Output Analyse), dass der wirtschaftliche Mehrwert, den die Pächter und Landarbeiter schufen, als Grundrente in den Händen der Grundherren endete. Ihre Form war im Lauf der Geschichte unterschiedlich, zunächst als Fronarbeit, dann als ein Teil des erzeugten Produkts und schließlich in Geldform. Letztere schuf die Möglichkeit kapitalistischer Strukturen in der Landwirtschaft. Die Physiokraten meinten, die Grundrente wäre ein unverdientes Entgelt für die Landbesitzer, die ja nur aufgrund ihrer Privilegien oder durch Erbschaft zu Landbesitz gekommen wären. Sie schlugen daher eine einzige Steuer vor, l'impôt unique, die „Einststeuer“. Diese Steuer würde Gerechtigkeit schaffen und der Gesellschaft wieder zukommen lassen, was die Natur gratis hervorbrachte. Warum galt diese als einzige Steuer? Nun, zum Unterschied von der heutigen Wirtschaftswissenschaft sahen die Physiokraten Handel und Industrie als stérile an. Diese beiden Zweige würden keinen wirtschaftlichen Mehrwert erzielen, daher dürfe man sie auch nicht besteuern. Die Grundherren hätten daher – so argumentierte Quesnay – als einzige die gesamte Steuerlast zu tragen.

Die Krise beginnt am Immobilienmarkt

Später wurde das Prinzip der Grundrententheorie auf den städtisch genutzten Boden (u.a. vom österreichischen Ökonomen Friedrich von Wieser) und auf Immobilien übertragen. Landkauf findet in Kombination mit Eigentumswohnungen oder Häusern in Privatbesitz statt. Über diese Entwicklung stoßen wir direkt auf Zusammenhänge, die in der großen Weltwirtschaftskrise, die 2007 begann, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben und noch immer spielen. Sie begann mit einer Blase, die sich in auf dem überhitzten Immobilienmarkt in den USA bildete. Die Banken hatten Kredite vergeben, ohne auf eine Besicherung oder die Bonität der Kreditnehmer zu achten, was die Immobilienpreise durch die erhöhte Nachfrage in die Höhe trieb. Als die Blase platzte und die Banken die vergebenen Kredite einforderten, aber die Kreditnehmer nicht mehr zahlen konnten, wurden zwischen 2008 und 2014 fast 10 Millionen Häuser zwangsenteignet. Überdies waren auch ganze Städte und Bundesstaaten so hoch verschuldet, dass sie ihre Infrastrukturen an Wall-Street verkaufen mussten, die sie als Monopole zu höheren Preisen weiterbetrieben. Der Vorgang war nicht nur auf die USA beschränkt, sondern konnte auch in Spanien, England und Irland beobachtet werden. Die Krise hatte weltweite Auswirkungen. Der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister schreibt dazu: „Innerhalb von 18 Monaten entwickelte sich aus einer Hypothekarkreditkrise in den USA eine Krise der globalen Finanz- und Realwirtschaft. Das Tempo der Ausbreitung und Vertiefung einzelner „Krisenkomponenten“ ist beispiellos in der Nachkriegsgeschichte, Aktienkurse und Rohstoffpreise sinken sogar rascher als am Beginn der Großen Depression, der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Die Wirtschaftspolitik reagiert allerdings ganz anders als damals: Der Finanzsektor wird durch Zufuhr von Liquidität und Eigenkapital gestützt, die „Konjunkturpakete“ erreichen ein noch nie (auch nur

annähernd) da gewesenes Volumen. Alle diese Maßnahmen, teils umgesetzt, teils beschlossen, teils angekündigt, konnten den Kontraktionsprozess nicht bremsen.“²

Die Krise erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Zusammenbruch der Großbank Lehman-Brothers am 15. September 2008. In mehreren Bundesstaaten wurden allerdings große Finanzdienstleister (unter anderem American International Group, Fannie Mae, Freddie Mac, UBS und die Commerzbank) durch Kapitalspritzen mit staatlichem Fremdkapital, also aus Steuergeldern, vor dem Zusammenbruch bewahrt. Einige Banken wurden verstaatlicht und später geschlossen.

Viele europäische Banken hatten in großem Umfang US-Ramschpapiere gekauft, die vor allem von US-Ratingagenturen mit bester Bonität bewertet worden waren. Diese Banken wurden ebenso wie in den USA vom Staat gestützt. Durch die Bankenrettung und Konjunkturprogramme stieg die bereits hohe Staatsverschuldung in den USA und später in den Euroländern stark an und trieb vor allem Griechenland unter das Diktat der Troika, die sich aus der Europäischen Zentralbank, der EU-Kommission und dem Internationalen Währungsfonds zusammensetzte. Durch diese Zwangsverwaltung kam die Demokratie in Griechenland unter die Räder, das von der Troika wie ein kolonisiertes Land behandelt wurde. Die Troika ermöglichte den Zugang zu weiteren Krediten an Griechenland nur unter der Voraussetzung einer extremen Sparpolitik, Reduktion der Pensionen und aller sonstigen Staatsausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen. Die Abwanderung stieg, es gab weniger Eheschließungen, die Lebenserwartung verkürzte sich, die Selbstmordrate wuchs. Auch Irland, Island, Spanien und Portugal, Zypern und Slowenien gerieten als Staaten an den Rand des Bankrotts. Die Wirtschaft wuchs generell langsamer.

Durch die Politik der EU ist die Lage in der Eurozone sehr widersprüchlich geworden. Mit einer Billion Euro sollen nun Staatsanleihen gekauft werden. Die EZB weigert sich aber immer noch, den Regierungen, die ohnehin schon hoch verschuldet sind, direkt Geld zu leihen, obwohl die Haushaltsdefizite 3% des BIP nicht überschreiten dürfen. So müssen die Mitgliedsländer immer mehr öffentliches Eigentum verkaufen. Eine absurde Situation, die den Staat zu weiteren Zinszahlungen an die eigenen Banken verpflichtet. Derzeit werden jeden Monat von der EZB 80 Mrd Euro ausgegeben, um Staatsanleihen zu kaufen. Dennoch kommt Euroland nicht aus der Stagnation.

Ein Erklärungsmodell

Wie ist diese Entwicklung zu deuten? Nur wenige Vertreter der Wirtschaftswissenschaften konnten mit einer Erklärung und daher auch mit einer Voraussage von Krisenprozessen aufwarten. Einer davon war der Postkeynesianer Marvin Minsky. Er begann bei seiner Analyse des Krisenzyklus bei einer stabilen Situation der Wirtschaft. Die Unternehmer nehmen Kredite für Investitionen auf. Letztere sind gut abgesichert (Minsky nennt die erste Phase „Hedge“- wörtlich: „mit einer Hecke umgeben, beschützen“), da die Zinsen durch die Einnahmen, die aus den Investitionen fließen, leicht bezahlt werden können.

Nun tritt das Minsky-Paradoxon auf: „Stabilität führt zur Instabilität“. Erscheint das Wirtschaftswachstum stabil und verspricht daher weitere Einnahmen aus den Investitionen,

² Stephan Schulmeister, Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 106, Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Mai 2009, S. 1.

werden immer mehr Unternehmer dazu verführt, weitere Finanzierungen zu riskieren. Es beginnt die zweite Phase, die Minsky „spekulativ“ nennt. In dieser stellt sich heraus, dass die Einnahmen nicht mehr genügen, um die Kredite selbst zurückzuzahlen. Die Einnahmen reichen nur noch für die Zinsen. Die Kredite dagegen werden durch neu aufgenommene Kredite ersetzt sind, aus denen die alten bezahlt werden. Mit dieser Ansicht stand er im Gegensatz zur Mainstream-Theorie, die davon ausging, dass die Märkte selbststabilisierend wären. Seine Position versetzte ihn in die Lage, schon in den späten Fünfziger Jahren die Krisen, die noch kommen sollten, vorauszuahnen.

Die dritte Phase nennt Minsky nach dem Hochstapler und Betrüger Charles Ponzi, der Kunden einlud, in seine Bostoner Firma „Securities Exchange Company“, die – seltsam genug - internationale Postantwortscheine verkaufte, zu investieren. Er versprach eine Rendite von 50 Prozent in 45 Tagen oder eine Verdoppelung des angelegten Geldes in 90 Tagen. Das Geschäft lief blendend, da er die Investoren völlig korrekt auszahlte, wenn sie ihren Gewinn mitnehmen wollten. Viele vertrauensselige Kunden waren von der Aussicht auf noch mehr Gewinn verführt, manche verpfändeten sogar ihr Haus und investierten mit den Gewinnen weiter in Ponzis Unternehmen, um noch reicher zu werden. In nur wenigen Monaten des Jahres 1920 vergrößerte Ponzi sein Vermögen von wenigen Tausend Dollar auf Millionen. Am Höhepunkt nahm er täglich eine Million Dollar ein; das Geld musste in Schubladen, in Papierkörben und auf dem Boden gelagert und gestapelt werden. Als aber ein Möbelhändler erfolglos sein Geld zurückforderte, brach der ganze Schwindel zusammen. Eine Steuerprüfung ergab, dass er tatsächlich nur wenige Antwortscheine in seinem Besitz hatte, obwohl er für das eingenommene Geld 160 Millionen derartiger Scheine hätte kaufen müssen – doch im Umlauf waren weltweit nur 27.000. Von den 15 Millionen Dollar, die ihm anvertraut worden waren, fanden sich nur noch 1,5 Millionen. Die Gläubiger mussten große Verluste hinnehmen, Ponzi kam ins Gefängnis.

Minskys dritte Phase läuft ähnlich wie bei Ponzi ab: Die Investoren nehmen nun sogar zur Finanzierung der Zinsen neue Kredite auf, da sie immer noch darauf vertrauen, dass die Investitionen sich schließlich doch bezahlt machen und die Einnahmen so hoch sein würden, dass sie allen Verpflichtungen entsprechen könnten. Das aushaftende Kreditvolumen erreicht schwindelnde Höhen, weil die Banken bei der Vergabe von Krediten immer sorgloser werden, aber irgendwann kippt die Stimmung. Die Kreditnehmer können sich nicht mehr refinanzieren, die Banken geben keine Kredite mehr, es kommt zu Notverkäufen und Unternehmenszusammenbrüchen. Der Weg in die Finanzkrise ist frei.

Leider blieb Minskys Denkmodell nicht bloß ein theoretisches Konstrukt, sondern wurde – wie wir miterleben konnten - im Jahr 2007 in den USA und dann in Europa zur traurigen Realität.

Der Hintergrund: Die Geldschöpfung der Banken

Im Unterschied zu früheren Ansichten über die Geldschöpfung in einer Volkswirtschaft ist heute nicht bloß die Zentralbank die einzige Institution, die Geld aus dem Nichts schaffen kann. Jede Universal- oder Geschäftsbank kann im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten und nach einer Prüfung der Bonität Kredite vergeben, indem sie für den Schuldner ein Konto eröffnet, von dem er in der Höhe des Kredits Geld abheben kann. Allerdings muss der Kredit früher oder später zurückgezahlt werden. Zusätzlich verlangt die Bank dafür Zinsen. Wie Parasiten in der Natur können die Banken dadurch den gesellschaftlich erzeugten Mehrwert absaugen (Abbildung 2). Der vergebene Kredit wirkt wie ein Stück Land, das verpachtet wird,

wie Bodenschätze z. B. Erdöl oder seltene Erden, oder wie eine Ware, zu der nur der Monopolist Zugang besitzt. In der ökonomischen Klassik wollte man den durch Privilegien, aber nicht durch eigene Arbeit erwirtschafteten Anteil am Mehrwert nicht dulden. Die Ökonomen schlugen vor, die Erträge wegzusteuern oder die Aktivität als solche zu verbieten (man denke an das Zinsverbot der frühchristlichen Gemeinden und der heutigen islamischen Banken).

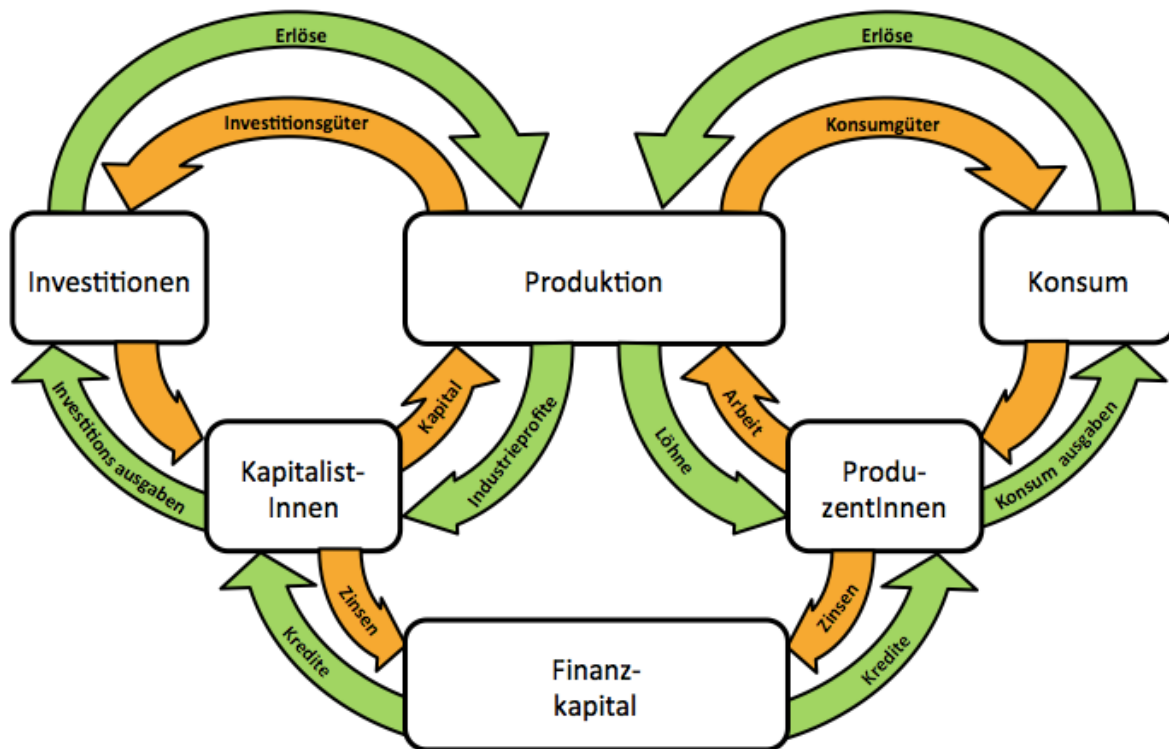


Abbildung 2: Kapitalistische Realwirtschaft und Finanzwirtschaft (vereinfachte Darstellung)

Heute, nachdem die Folgen dieser Krise sichtbar geworden sind, regt sich Kritik an den Investmentbankern der Wallstreet, den Hedgefondsmanagern, den Vermietern mit Wucherpreisen. Dennoch sehen nur wenige Wissenschaftler einen Handlungsbedarf, die Geldschöpfung der Banken zu unterbinden. Nachdem die Europäische Union auf die Erhebung entsprechender Daten drängte, ist in den einzelnen Mitgliedsländern der EU eine große Ungleichheit von Einkommen und eine noch größere in der Verteilung der Vermögen sichtbar geworden. Aber nach wie vor bleiben die Einkommen und Vermögen der Reichsten im Dunklen. Ihr Einfluss hat die Steuern und Regulierungen der letzten beiden Jahrhunderte abgebaut, und als Gläubiger zwingen sie dem Rest der Gesellschaft die Rolle des Schuldners auf. Sie erlangen Kontrolle über Wahlverfahren und Regierungen und ihre Abgeordneten und Richter, die sie deshalb nicht strafrechtlich verfolgen.

Ideologische Begleitmusik

Michael Hudson³ hat in seinem Buch „Der Sektor“ darauf aufmerksam gemacht, dass die Banker in der Öffentlichkeit als nützliche Wirtschaftsteilnehmer gesehen werden, die nur eine „kleine Gegenleistung“ für ihre Dienste in Anspruch nehmen würden. Zinsen wären gerecht,

³ Michael Hudson, Der Sektor - Warum die Finanzwirtschaft uns zerstört, Klett-Cotta, Stuttgart 2016

da sie ja das Risiko tragen müssten, und überhaupt wären die privaten Banken, Versicherungsgesellschaften und Börsenmakler ein notwendiger Bestandteil der Wirtschaft. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird der Unterschied zwischen den realwirtschaftlichen Tätigkeiten und den Finanztransaktionen, die ohne Einfluss auf die Gesamtproduktion oder das reale Wachstum sind, verwischt. Die Einnahmen des Finanzsektors werden als Wertschöpfung gebucht, obwohl sie Einkommen ohne Arbeits- oder eine reale Unternehmensleistung sind. Staatliche Regulierungen werden verurteilt, aber nicht die Rentenextraktion.

Ein wichtiges Schlagwort dieser Periode ist „Finanzialisierung“.⁴ Dieser Begriff ist nicht eindeutig definiert, er bedeutet aber in der Regel für Unternehmen einen starken Druck, kurzfristig hohe finanzielle Renditen (in den USA und England in den 90er Jahren 12-15 Prozent) zu erwirtschaften, was die Unternehmen oft überforderte und auch nicht nachhaltig ist. Die Industrie wird finanzialisiert, um Profite in Zinsen für Kredite zu verwandeln, die Aktienrückkäufe ermöglichen sollen, wodurch der Wert des Unternehmens steigt und die Boni für die Topmanager vermehrt fließen. Für das breite Publikum heißt Finanzialisierung eine Umschichtung der langfristigen Spareinlagen in Aktien, was eine Erhöhung der Aktienkurse bedeutet, mit positivem Effekt für die Bankmanager.

Der Begriff „freier Markt“ wird neu definiert, nämlich als Freiheit von staatlichem Besitz und öffentlicher Regulierung. Der Finanzsektor wirbt mit antistaatlichen Parolen, die regulierende Gesetzgebung wird unterbunden. Dem Staat wird vorgeworfen, dass er von Natur aus bürokratisch, verschwenderisch und oft auch korrupt sei, als wäre das nicht auch bei Privatisierungen geschehen. Es gibt eine Ausnahme, wo auch der Finanzsektor für den Staat ist: Dann, wenn die Bank vom Staat gerettet werden soll.

Und tatsächlich, die Zentralbanken druckten nach dem politischen Willen des „einen Prozent“, (wie die Bewegung Occupy Wall Street die Reichsten nennt, die den „99 Prozent“ gegenüberstehen) Geld, um es den Banken zu leihen, die damit die Schuldenlast der Wirtschaft erhöhen und Zinsen dafür erhalten. Die Federal Reserve Bank hat in den USA seit 2008 4 Billionen Dollar geschaffen, die als Kredite an die Banken gingen. Dadurch wurde der Wert des Vermögens (Immobilien, Aktien und Anleihen) gesteigert, das der Finanzsektor als Sicherheit hält. So kann er seinen Spielraum weiterhin ausdehnen.

Ausblick

Ein Überleben der Wirtschaft ist nur möglich, wenn der Finanzsektor in seine Schranken verwiesen wird. Denn derzeit heißt Sparen das Abzahlen von Schulden an den Finanzsektor, der als einziger noch größeres Wachstum aufweist. Der ökonomische Kreislauf wird dadurch geplündert und gesunde Wachstumsprozesse werden verhindert. Das „eine Prozent“ hat die zusätzlichen Einkommen aber nicht selbst geschaffen, sondern den übrigen 99 Prozent abgenommen. Man muss sich fragen, warum wurden nicht die Schulden der Beschäftigten oder der Unternehmen, die in Sachanlagen investieren, gestrichen, sondern nur jene des Finanzsektors? Warum sind die Produktivitätssteigerungen in den Betrieben nicht an die Beschäftigten weitergegeben worden?

⁴ http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/007_julie_froud_colin_haslam_sukhdev_johal_karel_williams.pdf

Es ist ziemlich klar, wie eine Verbesserung der Lage möglich wäre. Man kann sogar verschiedene Stufen von politisch/ökonomischen Strategien unterscheiden. Die naheliegendste ist eine bessere Bankenaufsicht und eine höhere Kapitalausstattung der Banken. Vorschläge in diese Richtung werden von der EU bereits gemacht. Eine wesentlich effektivere Strategie wäre allerdings ein Schuldennachlass oder zumindest ein Moratorium, also das Aussetzen der Zinsen bzw. der Rückzahlungsraten von Krediten für Staaten und für das Publikum. Radikaler wäre eine Strategie der Sozialisierung der Banken in der EU, was eine kräftige Entschuldung der einzelnen Staatshaushalte bedeuten würde, verbunden mit einer Rücknahme des Rechts auf Geldschöpfung an den Staat. Die ultima ratio aber besteht darin, mit der „Emanzipation der Arbeit“⁵ ernst zu machen und alle Arten von Ausbeutung zu beenden. Damit wäre auch der Widerspruch zwischen Finanz- und Realwirtschaft aufgehoben. Aber dazu braucht es einen entsprechenden politischen Willen.

⁵ http://www.marxists.org/archive/marx/bio/media/marx/79_01_05.htm
Deutsche Übersetzung : MEW, Bd. 34, 510/511